



Gemeinde Pfinztal

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates am 15.12.2020

3. Klimaschutzstrategie Pfinztal - Beratung und Beschlussfassung Vorlage: BV/695/2020

Bürgermeisterin Bodner bittet Frau Schönhaar um Erläuterung des Themas.

Frau Schönhaar verweist auf die Verwaltungsvorlage, die folgenden Inhalt hat:

Im Zuge der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.10.2020 wurde dem Gremium im Rahmen des Tagesordnungspunkts „Pfinztal 2035/Klimaoffensive – Sachstandsinformation und Ausblick“ auch der aktuelle Stand der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses „Klimaoffensive“ aufgezeigt. In diesem Zusammenhang wurden die im letzten Jahr angestoßenen Konzeptionen und Maßnahmen gelistet dargestellt (siehe Auszug aus der PowerPoint-Präsentation zur GR-Sitzung vom 20.10.2020, Anlage 1).

Unter „Klimaoffensive/Klimaanpassung und Klimaschutz“ genannt wurden unter anderem die Bausteine „Energieleitplan“, „Energetisches Quartierskonzept“ und „Klimaneutrale Verwaltung“ (Folie 10). Die Prüfung auf Verwaltungsebene bzw. die Vorabstimmung mit der Umwelt- und Energieagentur ist zwischenzeitlich erfolgt und abgeschlossen; ebenfalls ist im November ein entsprechendes Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zum Thema „Klimaschutz in Kommunen – Unterstützung beim Erreichen der Klimaschutzziele durch Beitritt zum Klimaschutzpakt“ (Anlage 2) eingegangen.

Die Geschäftsführerin der Umwelt- und Energieagentur des Landkreises Karlsruhe, Frau Schwegle, wird die „Klimaschutzstrategie Pfinztal“ im Rahmen der Sitzung am 15.12.2020 vorstellen und für einen Austausch bzw. Fragen zur Verfügung stehen. Weitere Informationen sind dieser Vorlage als Anlage 3 beigefügt (Verfasser: Umwelt- und Energieagentur).

Hinweise:

- *Die „Klimaschutzstrategie Pfinztal“ ist ein Baustein der Gesamtstrategie zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses „Klimaoffensive“. Die Klimaschutzstrategie befasst sich ausschließlich mit der Erarbeitung von Grundlagen und der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Bereich „Klimaschutz“ (nicht: Klimawandelanpassung).*
- *Der Aufgabenschwerpunkt des/der Klimaschutzbeauftragten liegt auf der Koordination von Klimaschutzmaßnahmen bzw. der Vernetzung der verschiedenen Akteure (klimaneutrale Verwaltung; hier: auch Klimakommission). Es handelt sich um einen eigenständigen und klar abgegrenzten Aufgabenbereich.*
- *Die Klimaschutzstrategie greift bestehende Ansätze und Synergieeffekte auf und entwickelt diese unter Inanspruchnahme von Fördermitteln fort.*

Frau Schönhaar teilt mit, bedingt durch Corona habe man Frau Schwegle leider kurzfristig ausladen müssen. Sie gehe davon aus, dass es sich bei diesem Beratungspunkt um ein unkritisches Thema handelt, weil er auf der Gesamtstrategie der Gemeinde aufbaue und immer wieder thematisiert wurde. Sollte es allerdings einen Bedarf von Fragen an Frau Schwegle geben, werde man die Beratung vertagen. Ansonsten könnte das Gremium die empfohlenen Beschlüsse fassen, Frau Schwegle könnte im kommenden Jahr in einem neuen Anlauf ins Gremium kommen und berichten.



Gemeinderätin Fahir weist darauf hin, dass der Klimawandel immer weiter voranschreitet und auch in Pfinztal die Sommer immer wärmer werden. Wenn die Welt so weitermache wie bisher steuere man auf eine Erderwärmung um drei Grad bis zum Jahr 2100 zu. Auch wenn man die anvisierten Ziele mit einer Erderwärmung um 1,5 oder 2 Grad einhalte, werde dies starke Folgen für die Menschen haben. Für Pfinztal könnte dies noch mehr extreme Wetterereignisse bedeuten. Der globale Süden sei von dieser Entwicklung allerdings weit mehr betroffen. Dort würden bei dieser Entwicklung Millionen von Menschen sterben. Eindeutig stehe fest, dass die Verantwortung für die Klimakrise im globalen Norden der Erde zu suchen ist. Deshalb sei es wichtig, gerade jetzt zu handeln. Städte und Gemeinden würden dabei eine Schlüsselrolle einnehmen, auch Pfinztal sei gefragt. Dass sich Pfinztal dieser Verantwortung bewusst sei, zeige der heute zur Beratung anstehende Antrag. Sie spricht den Dank der SPD-Fraktion an alle aus, die diesen erarbeitet haben. In ihrer Fraktion freue man sich, dass das Thema so offensiv angegangen wird. Der heutige Beschluss sei ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel. Man finde es gut, dass eine neue Stelle eingerichtet wird. Wichtig sei es allerdings, dass diese Stelle nach den fünf Jahren der Förderung nicht wieder ausläuft, sondern dauerhaft eingerichtet wird. Denn die Aufgaben bei diesem Thema gehen sicherlich weiter und nehmen zu. Sollte man zu der Erkenntnis kommen, dass diese Stelle nicht ausreicht, dürfe man keine Kosten und Mühen scheuen, um das Budget zu erhöhen. Ihr gefalle ganz besonders der Ansatz zur Erstellung eines energetischen Quartierskonzepts. Nicht verstanden habe ihre Fraktion, warum die Verwaltung so lang Zeit braucht, um auf eine klimaneutrale Verwaltung umzustellen. Ihre Fraktion beantrage als Zieljahr das Jahr 2030 zu formulieren, weil man jetzt handeln müsse, keine Zeit verlieren dürfe und weil die Gemeinde eine Vorbildfunktion inne hat.

Frau Schönhaar macht deutlich, dass sich das Zieljahr 2040 auf den Beitritt zum Klimaschutzpakt beziehe. Man wisse aus der Arbeit der Klimakommission bzw. der Klimaoffensive Pfinztal, dass man sich auf einem guten Weg befindet. Auch die Verwaltung wolle so schnell wie möglich dieses Ziel erreichen.

Gemeinderat Dr. Rahn bezeichnet die heute zu beschließende Klimaschutzstrategie als nichts anderes als die Fortsetzung der Klimaoffensive Pfinztal. Er signalisiert die Zustimmung der ULiP zu allen Punkten.

Gemeinderat Schwarz teilt mit, die Zählgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen - Die Linke stimme dem Beschlussvorschlag in allen Punkten zu. Man schließe sich insofern den Worten der Vorrednerin an. Natürlich unterstütze man die Unterzeichnung des Klimaschutzpaktes und sehe in der klimaneutralen Verwaltung einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum Ziel einer gesamten Treibhausgasneutralität, denn das sei der Weg. Leider würden die jährlichen Emissionswerte und die Aneinanderreihung von wärmsten Jahren zeigen, dass das eigentliche Ziel noch lange nicht erreicht ist. Corona hinterlasse zwar eine CO₂-Minderung, aber dies sei eine Delle, keine nachhaltige Entwicklung. Wenn man die Ziele von Paris erreichen wolle, bräuchte man dieses Corona-Reduktionsniveau jährlich, auch nach Corona. Die EU habe dies verstanden, im Green Deal habe die EU die Ziele für 2030 weiter angehoben. Dies zeige, dass die Herausforderung, vor der man stehe, mitnichten kleiner wird. Im Gegenteil, je länger man warte, umso steiler und einschneidender müssten die Maßnahmen werden. Daher sehe man die angestrebte Treibhausgasneutralität der kommunalen Verwaltung bis 2040 als wenig ambitioniert an. Damit werde Pfinztal kein Vorreiter, sondern schwimme lediglich im Strom mit. Daher ermutige man die Verwaltung einen ambitionierteren Weg einzuschlagen und als Zieljahr 2030 zu formulieren, um bis dahin bereits eine klimaneutrale Verwaltung zu sein. Möglicherweise könne es sein, dass bis dahin nicht alle Emissionen komplett zurückgefahren werden. Die Rest-Emissionen könnten dann immer noch kompensiert werden. Er spricht die Bitte an Frau Bürgermeisterin Bodner aus, den Ball aufzunehmen und zu prüfen was nötig ist, um eine treibhausgasneutrale Verwaltung bis 2030 zu erreichen. Sie solle ei-



nen Weg aufzeigen, den man gemeinsam gehen könne. Dafür sehe man auch ein Mandat der Bevölkerung, da der Gemeindeentwicklungsplan Pfinztal 2035 ambitioniert sei. Man sei sich sicher, dass auch die Bürgerschaft dies mittragen und letztlich honorieren werde. Natürlich brauche man dafür auch Personal. Die halbe Stelle eines oder einer Klimaschutzbeauftragten sei selbstverständlich erforderlich, zudem werde diese sogar noch zu einem Großteil gefördert, weshalb man dies noch lieber mittragen werde. Die Erarbeitung eines Energieplans und die Erstellung energetischer Quartierskonzepte seien Maßnahmen, die man benötige. Pfinztal brauche Strategien und Ziele, anhand derer die Weiterentwicklung stattfinden könne. Insbesondere im Bereich der Wärmeversorgung seien große Defizite vorhanden, nicht nur in Pfinztal, aber auch hier. Die Verwaltung müsse aber nicht alles selber machen, die Expertise von Fachleuten sollte genutzt werden. Die Arbeit der Umwelt- und Energieagentur des Kreises habe die Gemeinde schon oft überzeugt, gerne greife man auch dieses Mal darauf zurück. Nichts gebe es allerdings zum Nulltarif. Gut, dass in dem Gesamtpaket erhebliche Förderungen enthalten sind, sodass der Eigenanteil gut investiertes Geld ist. Noch viel wichtiger sei, dass Nichtstun auch Geld kostet und auf lange Sicht deutlich mehr als das, was jetzt geplant sei.

Gemeinderat Ringwald bezeichnet den in der heutigen Sitzung vorgeschlagenen Beschluss als korrekt auf dem Weg in die richtige Richtung. Diesen Weg müsse man in den nächsten Jahren gehen, wobei er allerdings darauf hinweise, dass von der Verwaltung auch die Kernaufgaben erledigt werden müssen. Derzeit schlage die Verwaltung um Frau Schönhaar ein wahnsinniges Tempo an auf einem Gebiet, das nicht zu diesen Kernaufgaben zähle. Ihm gehe es darum, die Verwaltung in gewisser Weise zu schützen und sie zu unterstützen, damit die Arbeit nicht zu viel wird. Wenn es also erst gelingen würde, die Verwaltung zum Jahr 2031 auf eine Klimaneutralität umzustellen, könnte er damit auch zufrieden sein. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Gemeinderätin Fahir teilt mit, die SPD-Fraktion trete dafür ein, das Zieljahr 2030 festzuschreiben, man beantrage dies hiermit.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Sie erklärt, beim Antrag der SPD-Fraktion handle es sich um den weitergehenden Antrag, weshalb sie nun zunächst über die Beschlussempfehlung der Verwaltung in Ziffer 1 mit dem auf 2030 abgeänderten Zieljahr abstimmen lassen werde. Sie stellt dem Gremium folgende **Abstimmungsfragen**:

„**Wer ist dafür, dass der Gemeinderat die Unterzeichnung des Klimaschutzpaktes beschließt und sich damit das Ziel setzt, bis 2030 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung zu erreichen?**“

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

„**Wer stimmt den Beschlussempfehlungen der Ziffern 2 – 5 zu, die folgendermaßen lauten:**

2. **Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer Stelle zur Erreichung dieser Zielsetzung („Klimaschutzbeauftragte/r“) in Teilzeit (0,5). Die Stelle ist in den Stellenplan für das (Haushaltsjahr 2021) aufzunehmen. Die Ausschreibung soll kurzfristig erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Förderung zu stellen (KlimaschutzPlus).**
3. **Der Gemeinderat beschließt die Erarbeitung eines Energieplans. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Förderung zu stellen (KlimaschutzPlus).**
4. **Der Gemeinderat beschließt die Erstellung eines energetischen Quartierskonzepts zur Umsetzung von klimaschutzwirksamen Maßnahmen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Förderung zu stellen (KfW). Die Erar-**



- beitung des Quartierskonzepts erfolgt durch die Umwelt- und Energieagentur.
5. Der Gemeinderat beschließt die Einstellung der erforderlichen Mittel in den Haushalt 2021.

Abstimmung: Einstimmige Zustimmung